

Geschäft mit der einsamen Sucht

Illegale Automatenspiele Über eine Million Menschen in Deutschland sind glücksspielsüchtig. Eine Razzia in Berlin gibt Einblick in eine Welt, die sich in Gebäuden ohne Fenster abspielt. *Von Dominik Guggemos*

Der Kriminalpolizist klopft erst freundlich, dann mit Nachdruck. Als nach einer kurzen Wartezeit die Tür aufgeht, geht es ganz schnell. Mehr als ein Dutzend Beamte unterschiedlichster Behörden betreten die Spielhalle, begleitet von zwei Kamerateams und dem Suchtbeauftragten der Bundesregierung, Hendrik Streeck (CDU). Sie wollen mit der Razzia Aufmerksamkeit erregen – auf die einsame Sucht nach den Spielautomaten und die Machenschaften der Organisierten Kriminalität, die damit viel Geld verdient.

„Was ist denn jetzt los hier?“, fragt Aischa. Die 63-Jährige, die ihren Nachnamen nicht in der Zeitung lesen möchte, ist zu diesem Zeitpunkt der einzige Gast in dem selbsternannten „Spielkasino der Extraklasse“ in Fußnähe zum Tempelhofer Feld in Berlin. Beeindrucken lässt sich Aischa von all dem Trubel nicht. Im Automaten direkt neben dem Eingang ist noch Guthaben, und das will sie auch in dieser äußerst unentspannten Atmosphäre einsetzen – in der Hoffnung auf drei gleiche Symbole auf dem Bildschirm.

Zunächst darf Aischa auch weiterspielen. Ein Mitarbeiter der Gewerbeaufsicht verbindet seinen Laptop mit einem der Geräte, um zu überprüfen, ob die Automaten auch korrekt angeschlossen sind. Währenddessen überprüft das Ordnungsamt andere Automaten, ob sie richtig verkabelt sind – Tricks mit den Kabeln sind ein beliebtes Mittel zur Steuerhinterziehung und die Umgehung des Spielerschutzes. Mitarbeiter des Jobcenters prüfen, ob der Angestellte in der Spielhalle korrekt angemeldet wurde, das Finanzamt schaut sich die Bücher an.

An den legalen Automaten können die Ermittler keine Manipulation feststellen. Die Spielhalle hat eine Lizenz, so wie rund 100 andere Standorte in Berlin und knapp 8000 deutschlandweit. Trotzdem werden die Ermittler am Ende über 10.000 Euro beschlagnahmen, die seit der letzten Leerung elf Stunden zuvor in den acht Automaten verzockt



Mit Automatenspielen werden Jahr für Jahr in Deutschland viele Milliarden Euro Umsatz gemacht. Die illegalen Spielhöhlen sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.

worden waren. Der Grund: Die Spielhalle tut nur so, als würde sie ihre Gäste, die sich am Eingang per Ausweis identifizieren müssen, über die Plattform OASIS kontrollieren. Auf dieser können sich Süchtige sperren lassen, deutschlandweit – in allen legalen Etablissements.

Als ihr Automat geleert wird, macht Aischa eine Zigarettenpause. Sie sei alleinstehend, habe keine Kinder und würde lediglich zwei-, dreimal im Monat in dieser Spielhalle an den Automaten zocken, sagt sie. Ihr Einsatz betrage immer 100 Euro. Sie weiß, dass ihre Chancen, mit einem Gewinn nach Hause zu gehen, nur „bei 20 bis 30 Prozent“ liegen. Aber sie könne beim Zocken am Automaten eben relaxen. Die Schattenseiten ihres Hobbys sind ihr bewusst. Bekannte von ihr hätten schon das Vermögen der eigenen Kinder verspielt. „Ganz

schlimm“, sagt Aischa. Rund 1,23 Millionen Menschen in Deutschland sind der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) zufolge glücksspielsüchtig, das sind über zwei Prozent der Bevölkerung. Zusätzliche 4,4 Millionen Menschen legen ein riskantes Glücksspielverhalten an den Tag. Alleine mit den legalen Automaten wurden 2024 knapp 21,4

Milliarden Euro Umsatz gemacht. „Die Razzia macht deutlich, welches Gewicht illegales Glücksspiel hat“, sagt der Suchtbeauftragte Streeck. Das Problem werde erst richtig sichtbar, wenn man hinschaue. Die Organisierte Kriminalität könne auf dem Markt enorme Gewinne erzielen, während Spieler völlig ungeschützt blieben und am Ende ihre Exis-

tenz verlören. Glücksspielsörung sei keine Charakterschwäche, betont Streeck. „Sie ist eine Suchterkrankung.“

Welche Lehren zieht Streeck politisch? „Gewerbsmäßiges illegales Glücksspiel muss deutlich härter bestraft und konsequenter verfolgt werden“, sagt der CDU-Politiker. Die Razzia habe ihm zudem gezeigt, wie viele Behörden bei solchen Einsätzen zusammenwirken müssten. „Mit klareren Befugnissen, besserem Datenaustausch und schnelleren Verfahren könnten Einsatzkräfte wirksamer reagieren.“

Stammkundin Aischa ist da laut eigenem Bekunden deutlich radikaler unterwegs. „Glücksspiel sollte komplett verboten werden, so wie in der Türkei“, sagt sie, kurz bevor sie ihre Zigarette ausdrückt – und zurück in die Spielhalle geht, um weiterzuzocken.

Vorbild Schleswig-Holstein

Glücksspiel ist in Deutschland Ländersache – und damit auch die Bekämpfung des illegalen Markts. Für den Drogenbeauftragten Hendrik Streeck ist Schleswig-Holstein in dieser Hinsicht ein Vorbild. Das nördlichs-

te Bundesland hat extra eine Taskforce und Schwerpunktstaatsanwaltschaften gegründet. Der föderale Flickenteppich im Kampf gegen die Spielhöhlen ist nicht per se ein Problem, allerdings fehlt es vielerorts an Ressour-

cen und Personal. An den Kosten für die Ermittlungen und entsprechende Razzien sollte es nicht scheitern. Schleswig-Holstein konnte ein Vielfaches der Personalkosten durch abgeschöpftes Vermögen hereinholen.

Wut und revolutionäre Freundlichkeit

Die Linke Beim Parteitag werden sich Auferstehungsgefühle und Kampfansagen an die Bundesregierung mischen.

Berlin. Der aus gesundheitlichen Gründen scheidende Parteichef Jan van Aken freut sich auf den Parteitag. „Ich glaube, das wird richtig super“, sagt er und erwartet „ganz, ganz viele neue Gesichter“. Tatsächlich wird die Verjüngung der Linkspartei nun auch auf dem dreitägigen Treffen der Genossinnen und Genossen sichtbar werden.

Der Altersdurchschnitt der Delegierten beträgt 36,8 Jahre. Nur etwas mehr als die Hälfte war schon vor 2023 in der Partei, die mit 125.000 Mitgliedern so viele hat wie noch nie seit der Gründung

vor 19 Jahren. „Es wird sehr divers, sehr lebendig, aber ich kann garantieren, es wird immer mit revolutionärer Freundlichkeit gepaart sein“, beschreibt van Aken seine Erwartungen.

Ob das Wörtchen „immer“ zu halten sein wird, dürften Beobachter der oft unerbittlich streitenden Linken bezweifeln. Möglicherweise entlädt sich das Gewitter bei einer Frage, über die man in anderen Parteien nur staunen kann. Es geht um die Deckelung von Abgeordneten-Gehältern. Angesichts der vielen Abgaben und Spenden, die linke Mandatsträger berappen,

sowie des freiwilligen umfangreichen Gehaltsverzichts der Parteivorsitzenden, mutet es schon seltsam an, wenn die Fraktionschefs Sören Pellmann und Heidi Reichinnek in einem Brandbrief an den Parteivorstand über „Misstrauen, das uns gegenüber geschürt wird“, klagen.

Stimmungskiller Nahostdebatte

Der gefährlichste Stimmungskiller könnte aber – wieder einmal – die Nahostdebatte werden, die schon am Freitagabend geführt wird. Immer wieder tauchen antisemitische Ausfälle von Mitglie-

dern der Linksjugend in den sozialen Medien auf, der niedersächsische Landesverband der Partei hat sich für „antizionistisch“ erklärt und über die Hamas schreibt Limes Schäfer, Sprecher der Linksjugend laut Recherchen des Bayerischen Rundfunks, es sei „wirklich peinlich“ die Terrororganisation „einfach als islamistisch abzustempeln“.

Parteiliegende Gregor Gysi sagte in der „Zeit“: „Wenn die Linke das Existenzrecht Israels infrage stellte, wäre das das Ende.“ Jan van Aken bleibt gelassen. „Das wird nicht passieren.“ Es müsse Kritik

an Israel möglich sein, „weil es in Gaza und im Westjordanland Völkerrechtsverbrechen gibt“, aber: „Es gibt keinen Platz für Antisemitismus.“ Hauptthema soll aus Sicht der Parteiführung ohnehin der soziale Kampf sein. Ines Schwerdtner, die Ko-Chefin, will „die Wut wieder auf die Straße tragen“.

Schwerdtner scheut auch sonst den drastischen Ausdruck nicht. Für sie ist die FIFA „ein Drecksverein“, was aber nicht verhindert, dass die Genossen am Sonntagabend auf dem Platz vor dem Parteitag das Spiel der Deutschen sehen können. *André Bochow*

Trübe Stimmung bei Freiberuflern

Konjunktur Architektin, Zahnarzt oder andere Selbstständige: Die maue Wirtschaftslage belastet. Ein Verband warnt.

Berlin. Es gibt kaum eine Branche, die nicht unter der Wirtschaftslage ächzt. Die negative Stimmung hat sich nun auch bei den Selbstständigen festgesetzt – und Besserung scheint kaum in Sicht. Das geht aus der Sommerkonjunkturumfrage des Bundesverbands der Freien Berufe (BFB) hervor, die dieser Zeitung vorliegt.

„Die Freien Berufe haben sich lange als widerstandsfähig erwiesen. Doch die anhaltende wirtschaftliche Schwäche hinterlässt Spuren und macht zunehmend müde. Die Zuversicht auf eine baldige wirtschaftliche Trendwende schwindet“, sagt BFB-Präsident Dr. Stephan Hofmeister. Nicht einmal jeder zwölfte Freiberufler – also etwa Zahnärztinnen, Architekten oder Yoga-Lehrer – rechne für die kommenden sechs Monate mit einer günstigeren Entwicklung, während fast vier von zehn Befragten eine weitere Verschlechterung erwarten. Lediglich die rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden Berufe bewerten ihre aktuelle Lage etwas günstiger als im Sommer des vergangenen Jahres.

Obwohl der Fachkräftemangel weiterhin eine Herausforderung darstelle, rechnen nur noch rund zwölf Prozent der Selbstständigen damit, in zwei Jahren mehr Mitarbeitende zu beschäftigen als heute – im Vorjahr lag dieser Anteil noch bei 14 Prozent. Mehr als jeder fünfte Selbstständige geht sogar von einem Personalrückgang aus.

„Nur wenige erwarten eine bessere Zukunft.“

Für bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen drängt der BFB auf zügig umsetzbare Reformpakete. Ziel müsse sein, Bürokratie abzubauen, Planungssicherheit zu gewährleisten, Vertrauen zu schaffen und die Versorgung zu sichern. „Vorhaben, die neue Belastungen auslösen, bewährte Strukturen schwächen oder ohne ausreichende Einbindung der Praxis entstehen, erfüllen diesen Anspruch nicht“, erklärte er. Vor allem beschleunigte Gesetzgebungsverfahren mit verkürzten Stellungnahmefristen erhöhten das Risiko praxisferner Regelungen.

Die Regierung habe wichtige Anliegen der Freien Berufe aufgegriffen, so Hofmeister. So dürfen etwa Steuerberatungskanzleien weiterhin nur von Steuerberatern betrieben werden und nicht von fachfremden Investoren. Der Verband argumentiert, dass mit diesem sogenannten Fremdbesitzverbot die Interessen der Kunden geschützt würden. Kritiker sehen darin eine Chance für mehr Wettbewerb.

Jacqueline Westermann

Klima Kritik an lahmer Konferenz

Bonn. Umweltschutzorganisationen haben am letzten Tag der UN-Klimakonferenz ein gemischtes Fazit gezogen. Einerseits würdigten sie den Vorschlag der türkischen Regierung, den globalen Anteil von Strom am Endenergieverbrauch bis 2035 von derzeit 20 auf 35 Prozent zu steigern. Auf der anderen Seite stimmten die Organisationen darin überein, dass das Tempo auf der Konferenz viel zu langsam gewesen sei. Es gebe eine strukturelle Lähmung, kritisierte Greenpeace. *dpa*

POLITISCHES BUCH

Mehr direkte Demokratie wagen

In Artikel 20 des Grundgesetzes heißt es: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen (...) ausgeübt.“ Soweit das Versprechen. Eingelöst wird das allerdings bis heute nur auf der Ebene von Kommunen und Ländern. Im Bund dagegen sind Volksabstimmungen, trotz vielfacher Anläufe, nicht möglich. Auch im Schatten der aktuellen Vertrauenskrise wird wieder darüber gestritten, ob die Politik nicht durch (mehr) direkte Demokratie verlorene Glaubwürdigkeit zurückgewinnen könnte. Referenden auch auf Bundesebene, so plädiert der

ostdeutsche Bürgerrechtler Ralf-Uwe Beck, würden den Makel ausgleichen, dass der Souverän nur alle vier Jahre an die Wahlurne gerufen wird, danach aber im Bund keine Möglichkeit hat, mitzuzentscheiden. Der Autor erinnert an die Zusage vor der deutschen Vereinigung, dass „das Volk“ über eine gemeinsame neue Verfassung abstimmen dürfe. Warum, so fragt Beck, solle im Bund ein Instrument nicht taugen, das in Städten und Bundesländern seit Jahrzehnten gut funktioniert, zum Beispiel gerade auch in Bayern. Vorbehalte gegen Plebiszite werden im Schatten von Rechtspopulismus und

Autoritarismus gern vorgetragen, können aber ebenso einleuchtend entkräftet werden. Das repräsentative Standbein der Demokratie, so lautet das Argument, kann durch ein direktdemokratisches Spielbein ergänzt werden, ohne die Stabilität des Systems zu gefährden. *Gunther Hartwig*



Ralf-Uwe Beck: Souverän. Plädoyer für mehr direkte Demokratie. Oekom Verlag, München 2026, 240 Seiten, 22 Euro.

Schweiz Anlauf für neue Atomkraftwerke

Bern. In der Schweiz soll das Neubauverbot für Atomkraftwerke aufgehoben werden. Nach der Regierung und der kleinen Parlamentskammer will dies nun auch die große Kammer, der Nationalrat, ermöglichen. Er sprach sich für ein Regierungsvorhaben in diese Richtung aus. Die Grünen haben ein Referendum dagegen angekündigt. Direkte Konsequenzen hat die Entscheidung nicht. Es gibt bislang keine Pläne für den Neubau von Atomkraftwerken in der Schweiz. *dpa*

Israel Kontaktabbruch zu Kaja Kallas

Jerusalem. Israel will den Kontakt zur EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas abbrechen, weil diese das Land mit dem früheren rassistischen Apartheid-Regime in Südafrika verglichen haben soll. Israels Außenminister, Gideon Saar, beschuldigte Kallas, „zwanghaft und mit offensichtlicher Unfairness“ gegenüber Israel zu handeln. Im besetzten Westjordanland leben neben drei Millionen Palästinensern mehr als 500.000 Israelis in Siedlungen, die nach internationalem Recht illegal sind. *afp*